

BUND Ortsverband Altstadt/Limeshain/Glauburg e.V.

25 Jahre aktiv für den Schutz von Umwelt und Natur

Am 3. Dezember 1991 wurde der BUND OV in Altstadt, in der Gaststätte zu den Vier Jahreszeiten gegründet. Die Einladung spricht sogar von einer „Vollendung der Gründung“, da wohl ein erster Anlauf im Herbst zuvor nicht geklappt hatte. Treibende Kraft war Gertrud Amrein, die auch die Einladung verschickt hatte, denn der BUND Wetterau war schon zuvor gegründet worden und man suchte neue Ortsverbände zu gründen. Zunächst wurde der OV für Altstadt/Limeshain – später wurden die Mitglieder in Glauburg in den gemeinsamen OV integriert.

Ein weiterer Vorbereiter der Gründung war Friedrich von Wangenheim. Er hatte schon im Jahr 1976 den BUND Landesverband Hessen mitbegründet, damit künftige Generationen – und seine damals geborene Tochter war ein Anlass dazu – nicht unter den ganzen bedrohlichen Umweltverschmutzungen leiden sollten. „Grenzen des Wachstums“ (Meadows) und „Ein Planet wird geplündert“ (Gruhl) waren die Bücher die nicht nur ihn aufrüttelnden.

Wangenheim ist Musiker, spielt Bratsche und kannte Philipp Hufnagel, der mit dem gleichen Instrument im Orchestergraben in der Frankfurter Oper spielte. Und wie Wangenheim sagte, er habe vieles angestupst – so auch den BUND OV Altstadt. Erste Vorsitzender wurde Philipp Hufnagel, Stellvertreterin Eva Hufnagel. Schatzmeister wurde der Geiger Ludwig Hampe und Beisitzer der Cellist Philipp Bosbach. Dem BUND Altstadt war damit schon die Verbindung zur Musik in die Wiege gelegt. Wir werden noch Weiteres dazu erfahren.

Was waren die Themen im Jahr 1991 in Altstadt? Die Umgehungsstraße für die Bundesstraße B 521 war schon damals der Dauerbrenner in Altstadt. Es gab schon Gutachten von Verkehrsplanern („Retzko und Topp“) und – was man ohnehin reaktivieren sollte – es gab eine Ausarbeitung des Architekturbüros Hytrek zur Neugestaltung und Verschönerung der Vogelsbergstraße – mit vielen Fotos und Zeichnungen. Die „OU“ hat den OV auch weiterhin beschäftigt, gerade auch wieder zur 25-Jahr-Feier und es ist noch offen, ob dieses Thema auch bei der 40-Jahr-Feier weiterhin die Gemüter bewegt.

Doch gehen wir erst einmal zurück zu den Anfängen.

Schon im Jahr 1992 kam ein weiteres, die folgenden Jahre prägendes Thema hinzu: **Die 110 kV-Hochspannungsfreileitung.** Diese sollte geplant von „Preussen Elektra“ von der Waldsiedlung bis nach Büdingen verlaufen – und als Freileitung den Auenbereich von Nidder- und Seemenbach mehrfach kreuzen mit entsprechenden Gefahren für die Vogelwelt (Storch, Großer Brachvogel, Wachtelkönig, u.v.m.) Gegen den Bau dieser Leitung hatte sich eine „Stromsparinitiative“ gegründet, Dr. Werner Neumann, Kurt Jungkind aus Altstadt und Josef Steigmayer und Thomas Oberholz waren die Kerntruppe der Stromsparer. Kernthema war – wenn die Leitung angeblich benötigt wird wegen steigendem Stromverbrauch, dann sparen wir doch diesen Anstieg und damit die Leitung einfach weg. Neumann brachte (ab 1992 Leiter des Energiereferats der Stadt Frankfurt am Main) den Impuls des „Least Cost Planning“ ein, eine Methode, die zeigt, dass es wirtschaftlich

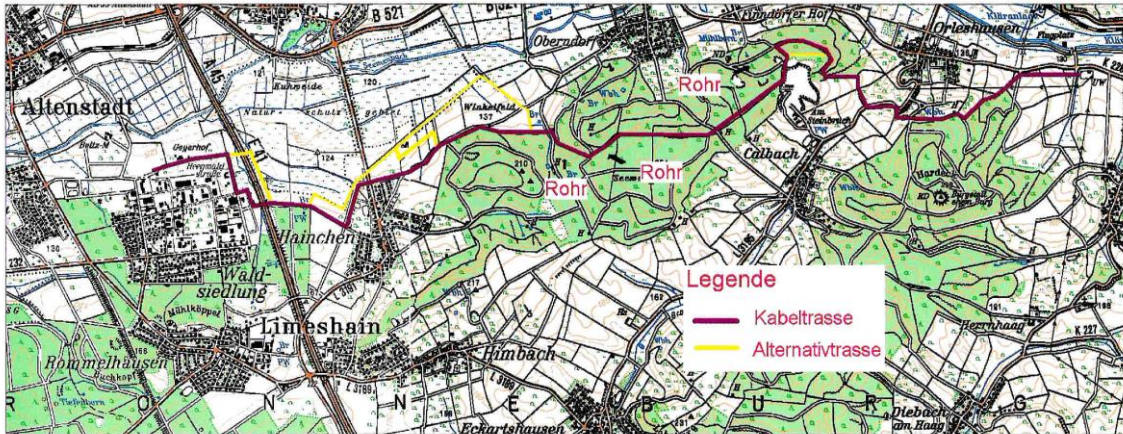
günstiger ist, Strom zu sparen, statt neue Kraftwerke und Leitungen zu bauen, Jungkind hatte gerade beim Stromsparwettbewerb der HessenEnergie gewonnen und sollte und konnte seinen Haushalt auf Stromsparen umstellen (Parole: Mit 1000 DM 25% Strom sparen), Steigmayer brachte sein Bank- und EDV-know how ein (KfW-Bank) und Oberholz sein Engagement für Solarenergie (spätere Gründung der Firma Oberholz-Energie). Neumann entwickelte gleich ein Alternativprogramm, wie mit Stromsparen, Windenergie, PV und Blockheizkraftwerken die neue Leitung schlicht überflüssig werden könne. Bei den schon vor dem Genehmigungsverfahren erfolgten „Vorabterminen“ war darüber kaum einer erfreut. Die Landesvertreter meinten, gute Idee, aber man könne damit rechtlich den Bau nicht verhindern. Wenn Stromversorger eine Leitung bauen wollten, wäre dies ihre Sache, den Bedarf selbst festzulegen. Das Regierungspräsidium verstand sich als Vollzugsbehörde und einige Naturschützer hatten sich schon über Ausgleichsgelder der PreussenElektra für einen Krötentunnel gefreut, den man aber ohne Leitung nicht bekommen würde.

Die 110 kV-Leitung hatte aber auch bewirkt, dass die Stromsparinitiative nach 2-3 Jahren überlegte, dass das Energiethema viel weiter ginge und auch weitere Umweltfragen umfasse. Über die Kommunalpolitik und die Benefizkonzerte kannte man den BUND (die mit den Musikern) und als Jungkind und Neumann mal bei der Jahresversammlung des BUND vorbeischaute wurden sie nicht nur freudig aufgenommen, sondern gleich im Jahr 1995 zu Vorsitzenden gewählt.



Einfache Fotomontage, so soll es nicht aussehen, so sieht es jetzt nicht aus!

Die 110 kV-Leitung war sodann der Dauerbrenner für die nächsten 15 (!) Jahre. Auf Druck des BUND brachte PE auch eine Erdkabelvariante ein und unterstellte, diese müssen auch kreuz und quer wie die Freileitung durch die Aue gehen. Der Widerstand des Naturschutzes war ihr sicher, da PE behauptete, das Erdkabel heize die Erde so stark auf, dass die Aue trocken gelegt würde. Erst viel später nach vielen Aktionen, Behördenterminen, seitenlangen Einwendungen, nach einer EU-Beschwerde stellte sich heraus, dass ein Erdkabel nicht unmöglich sondern einfach einzupflügen war und dies entlang von Feldwegen oder am Rande der Aue und auch nicht das Siebenfache sondern gerade mal das Doppelte kostet.



Entgegen aller (geschürter) Befürchtungen ginge ein Erdkabel auch außerhalb des Auenbereichs. Real wurde es entlang des Fahrwegs zwischen Limeshain bis Oberndorf und dort mitten durch eine Streubobstwiese verlegt und noch vor Orleshausen an die Freileitung angeschlossen, kürzer und einfacher als gedacht

Im Jahr 1997 stimmte die Regionalversammlung Südhessen (mit Stimmen von CDU, FDP und der in sich unstimmgigen SPD) für die Freileitung. Dann aber stellte sich heraus, dass die Auffassung der PE, man müsse keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen, nur darauf fußte, dass die Bundesrepublik Deutschland eine EU-Richtlinie nicht umgesetzt hatte. Dann also doch eine UVP! Und diese erfordert natürlich die Prüfung von Alternativen. Ein Erdkabel wurde zunächst verworfen, bis der BUND einfach einen ehemaligen Elektroplaner und Netzschaltmeister der OVAG, Werner Schmidt, den wir bei den Sitzung zur „Lokalen Agenda 21“ kennengelernt hatten, beauftragte, einfach mal Angebote für Erdkabel und Verlegung einzuholen. Und siehe da, zwei Stränge von Kabeln kosteten nicht viel mehr als die Freileitung. Daraufhin senkte PE den Kostenansatz für die Freileitung, damit der Kostenabstand weiter gewahrt wurde.

Aber das Eis war gebrochen. Schließlich half der im Jahr 1996 gefundene Keltenfürst auch mit. Denn direkt in Nähe seiner Fundstelle, die inzwischen als Keltenhügel rekonstruiert ist, sollte mit freiem Blick vom Museum aus, die Freileitung verlaufen. Der Protest des Keltenfürsten wurde durch den Kreisdenkmalschutz vertreten. Margit Bopp (als Mitarbeiterin der Gemeinde Limeshain, die immer klare Beschlüsse gegen die Freileitung hatte) und viele Mitstreiter*innen aus Limeshain organisierten eine Planwagenfahrt für den Regierungspräsidenten und Fackelzüge zum Keltenhügel (damals nur Inföhütte). Das Verfahren zog sich hinaus mit immer neuen Fragen.

Die Stromsparinitiative hatte inzwischen im Jahr 1997 auch den Umweltpreis der Wuppertaler Schuler-Stiftung und dem Wuppertal-Institut für das Stromsparprogramm und das Stromsparkonzept erhalten.



Der Keltenfürst half mit
bei der Verhinderung der Freileitung



Der Pflug zum Einpflügen der Erdkabel

Nachdem die EU-Kommission auf eine Beschwerde des BUND OV reagiert hatte und die Bundesregierung das UVP-Gesetz geändert hatte, gab es beim letzten Termin der Erörterung zum Planfeststellungsverfahren lange Gesichter. Es war einerseits klar, dass man das Verfahren hätte „durchziehen können“, nachdem auch Dr. Richarz von der Vogelschutz- warte, der das Auengebiet zunächst als so wertvoll wie ein „Ramsar-Gebiet“ bezeichnet hatte, die Umsetzbarkeit einer Freileitung im Auftrag der PreussenElektra signalisiert hatte. Dagegen stand ein Vogelschutzgutachten im Auftrag des BUND, das erhebliche Naturschäden aufzeigte und vor allem mit dem Erdkabelangebot eine machbare Alternative aufzeigte. PreussenElektra bekam kalte Füße und verschob das Projekt zur OVAG. Es war klar, dass neben dem BUND auch die Gemeinde Limeshain und die Stadt Büdingen bei einer Genehmigung klagen würden. Und nun kam hinzu, dass aufgrund von Einwänden des regionalen und Landesdenkmalschutzes eine Freileitung am Fuße des Glaubergs nicht mehr in Frage kommt.

OVAG und die Kommunen einigten sich daher mit leichter Hilfe des Hessischen Umweltministeriums, die von PreussenElektra definierten Differenzkosten zur Freileitung untereinander aufzuteilen. Einige Jahre später wurde im Energiewirtschaftsgesetz (§ 43 h) bei der Anerkennung von Netzkosten der Faktor 1,75, später 2,75 aufgenommen für akzeptable Mehrkosten bei 110 kV-Erdkabeln. Was erst technisch unmöglich war, dann siebenmal teurer sein sollte, war nun nicht nur machbar, sondern wurde schließlich zur bundesweiten Vorrangregelung für 110 kV-Erdkabel! Und die vehementen Gegner einer Erdverkabelung taten so, als hätten sie diese nun erfunden.

Im Oktober 2010 weihte die OVAG, die dies alles zunächst als technisch unmöglich erklärt hatte, zumal sie selbst keine Erfahrung damit hätten, das Erdkabel nebst Umspannwerk ein. Ein große Pflugmaschine (aus Salzburg!) mit Kabelrollen war über Äcker, neben Feldwegen und sogar mitten durch Streuobstbaumreihen gefahren. Schon bald danach war nichts mehr vom Eingriff zu sehen.

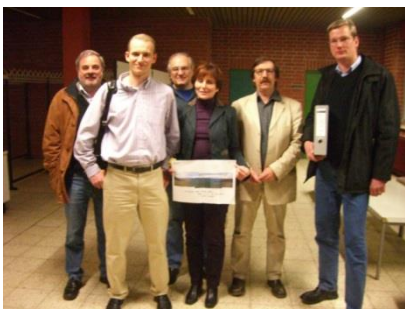
Die Festredner vergaßen allerdings, wer seit 1992 immer wieder auf die Alternativen hingewiesen hatte, die bei der Einschaltung der Leitung in der letzten Reihe standen, nicht nur die Aktivisten von Stromsparinitiative und des BUND sondern auch eine wesentliche Mitstreiterin, Margit Bopp aus Limeshain wurden in der Bier- und Wurstlaune („Es ist ein Meilenstein, ein Quantensprung,...“ so OVAG Vorstand Rolf Gnadt) von den Festrednern „vergessen“. Klar, dass man stolz war, auf das „einzigartige und erstmalige“ Erdkabel, aber es war auch klar, dass dies für manche eine politische Niederlage war, die immer nur unkritisch den Worten der PE gefolgt waren auch wenn es anderswo schon solche Erdkabel gab und auch weitaus preisgünstiger. Dank auch dem Bundeskartellamt, dass Mitte der 1990er Jahre ein „Kabelkartell“ der Hersteller hatte aufliegen lassen. Damit purzelten die zuvor überhöht angesetzten Preise.



Fackelzug in Limeshain



ratlose Gesichter bei PreussenElektra, Gutachtern und dem Regierungspräsidium nach dem Erörterungstermin



Freude bei den Gegnern der Freileitung, Feiern für ein 110 kV Erdkabel

Die 1990er Jahre waren aber nicht nur durch dieses Thema belegt. Wir traten (mit Stromsparlampen usw.) bei den Altenstadtfesten auf. Es wurden nach dem Vorbild des OV Bad Vilbel **Pflanzentauschbörsen** durchgeführt. Und es gab (fast) jedes Jahr ein Benefizkonzert.

Im Jahr 1992 fand das erste **Benefizkonzert** in der ev. St. Nikolai-Kirche in Altstadt statt. Gespielt wurden Vivaldis Vier Jahreszeiten. Traditionell wurden die Konzerte immer an Pfingsten (mit Ausnahmen) organisiert. Träger waren neben der Kirchengemeinde der BUND Altstadt und die Natur- und Vogelschutzgruppe Altstadt, später NABU Altstadt. Es hatte sich eine ganze Gruppe von Musiker*innen der Frankfurter Oper in und um Altstadt angesiedelt. Sie verbanden ihre Konzerte für einen guten Zweck damit sich einmal im Jahr

bei meist gutem Wetter nach dem Konzert zu treffen. Mit der Zeit waren es nicht nur bekanntere Stücke von Beethoven bis Mozart, die zur Aufführung kamen. Es wurden weniger bekannte Stücke mit interessanten Gruppierungen von Musiker*innen und Instrumenten aufgeführt, mit Bläsern, Flöte, Harfe und im Jahr 2016 auch mit einer breiten Schar von exzellenten Nachwuchsmusiker*innen und einigen Weltklassemusikern wie Ludwig Hampe und Dimiter Ivanov und Nikolai Bernstein. Musikalische Organisatoren waren Philipp Hufnagel und vor allem Johannes Oesterlee. Zunächst war es das Ziel, Gelder für den Naturschutz vor Ort anzuwerben, aber schon nach wenigen Jahren standen Hilfsprojekte von Rumänienhilfe, Hilfe für krebserkrankte Kinder, Tschernobylkinder, ein Inklusionsprojekt und die Tafel Büdingen im Zentrum der Spendensammlung. Man kann fast sagen, dass dieses Benefizkonzert nicht nur ein Wurzel des BUND OV ist, sondern diese zu einem dauerhaften Stamm der alljährlichen Arbeit und Freude geworden ist. (In einer separaten Aufstellung sind alle Konzerte mit Programm und Benefizzweck aufgelistet)



Die Stromspargeschichte geht aber auch weiter. Der Kreisverband des BUND hatte mit Mitwirkung von BUNDMitgliedern aus Bad Vilbel, Rosbach, Karben die Aktion „Spar Watt ein“ mit dem „**Wetterauer Glühwürmchen**“ gegründet. Stromsparanalysen wurden durchgeführt, Infos verteilt. Im Jahr 1995 als Kanzler Schröder von der Ich-AG redete, gründete Werner Neumann die Firma SparWatt mit einem Laden in der Kirchgasse, weil eigentlich das Stromsparen so lukrativ ist (auch heute noch !) dass man damit als Berater Geld verdienen kann – oder müsste. Philipp Redlich war Mitarbeiter von SparWatt, aber der Laden trug sich nicht. Glückliche Fügung aber, als um das Jahr 2002 herum die Stadt Frankfurt nach Ideen für „1-Euro-Jobber“ suchte. Werner Neumann lies seine Idee, dass diese Leute doch als Stromsparer ausgebildet werden könnten, den Frankfurter Sozialverbänden vortragen. Und der Caritas-Verband Frankfurt meldete sich. Die Methodik von SparWatt konnte zum Einstieg genutzt werden und mittlerweile – um die Geschichte hier zu verkürzen – feierten Caritas und Berliner-Energie-Agentur im Jahr 2016 das 10jährige Jubiläum und Ende 2016 wohl über 200.000 Stromsparchecks bundesweit in über 150 Städten/Kreisen durchgeführt wurden. (www.stromspar-check.de) In diesem Sinne gilt der Dank auch der PreussenElektra AG, die eine Hochspannungsleitung wohl zur richtigen Zeit am falschen Platz in falscher Weise geplant hatte.

Stromsparen

Leitfaden für den sinnvollen Umgang
mit Energie in Haushalt und Büro



Das
Wetterauer
Glühwürmchen rät:
Macht mit beim Stromsparen!



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
Kreisverband Wetterau



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Energie- und Wassersparaktion

in Altstadt, Glauburg
und Limeshain

> **Kostenlose Beratung und
Verbrauchsmessungen
zu allen Energie- und
Wasserverbrauchsstellen
im Haushalt!**

Dieses Faltblatt enthält sämtliche
Informationen über die Sparaktion
und viele nützliche Tipps,
die Sie gleich nutzen können!
Wir bitten Sie daher, die Informationen
sorgfältig zu lesen.

Verantwortlich:
BUND e.V. Ortsverband Altstadt/Limeshain/Glauburg

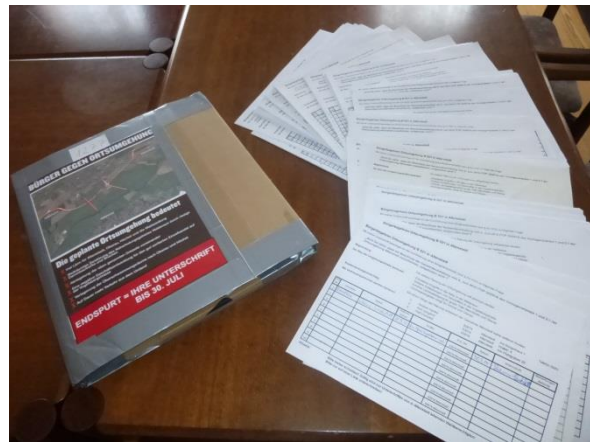
Naturschutzaktionen waren sicherlich nicht der Schwerpunkt der Arbeit des BUND OV. Viele Betreuungsprojekte werden durch den NABU bzw. die auf die Ortsteile bezogenen Natur- und Vogelschutzgruppen durchgeführt. Der BUND hat sich konzentriert, große Eingriffe wie z.B. durch die Hochspannungsleitung oder die Umgehungsstrasse zu mindern oder zu verhindern. Da sitzt man (leider) oft mehr am Schreibtisch oder Behördentermin als dass man im Freien unterwegs ist.

Doch immer wieder haben wir, meist gemeinsam mit dem NABU Altstadt Exkursionen zu Naturschutzinfotagen durchgeführt. Oder wir haben uns gemeinsam an Apfelfesten oder dem Gewerbemarkt beteiligt. Einmal auch mit dem „unvergessenen“ mobilen **Hordentrockner**, in dem man Äpfel kiloweise trocken konnte. (dieser wurde inzwischen an einen Rosenbetrieb in Steinfurth verkauft)

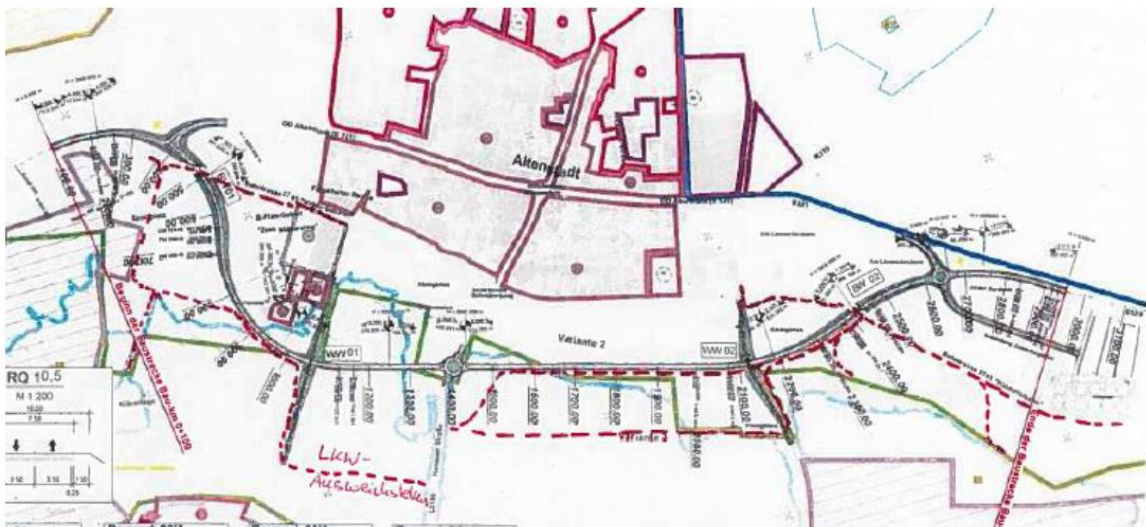
Im Jahr 2007 wurde auf der Basis von Erfahrung und Angeboten von Herrn Hornig, der dies zuvor in Frankfurt durchgeführt hatte, eine Wassersparaktion organisiert. Man konnte direkt an der Haustür Wassersparartikel kaufen (was sich jeweils in weniger als einem Jahr rechnet). Die Aktion wurde von der OVAG mit 2000 € gefördert. Leider hatte die Aktion nicht den großen Durchbruch, aber die Erfahrungen landeten letztlich beim Stromspar-Check, der immer auch Wassersparen integriert (weil Wasser auch teuer ist und warmes – mit Strom erwärmtes – Wasser umso mehr). Interessant zu vermelden ist hierbei, dass das Finanzamt Nidda nachfragte, was denn Wassersparen mit Umwelt zu tun habe, schließlich seien wir ja gemeinnützig.

Im Jahr 2013 verdichtete sich die Diskussion zur **Ortsumgehungsstraße** wieder. Die Gemeinde Altstadt hatte sage und schreibe 100.000 € bereit gestellt, damit Hessen Mobil schon mal eine Planung der Trassen erstellt verbunden mit einer Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) obwohl die Straße noch nicht auf der Investitionsliste des Bundesverkehrsministeriums stand. Nachdem die Gemeindevertretung sich auf eine

Variante festgelegt hatte, blieb nur der Weg zu einem Bürgerentscheid. Gemeinsam mit vielen Mitstreiter*innen, einer Bürgerinitiative, gemeinsam mit dem Gewerbeverein, und mit Unterstützung durch viele Gewerbebetriebe in der Vogelsbergstrasse, die erhebliche Einbußen befürchteten und mit einer Sammlung von erst 2000 Unterschriften und dann 1900 Unterschriften für den Bürgerentscheid, mehreren stark besuchten Bürgerversammlungen, war die OU das Kernthema in Altenstadt.



Wir haben hierbei besonders auf den schweren Eingriff in den Auenbereich, den Naturschutz, den Hochwasserschutz und die Auswirkungen mit mehr Lärm in einigen Ortsteilen hingewiesen.



Der Bürgerentscheid ging leider verloren, die Mehrheit der Bevölkerung sprach sich für die OU aus, aber in Oberau, das am meisten betroffen wäre, war die Mehrheit gegen die OU.

Im Jahr 2016 entstand reichliche Verwirrung, weil das Land Hessen die Kosten der OU von 10,6 Mio. € auf 26 Mio. € hochgesetzt hatte. (Ursprünglich lagen die Kosten bei 4,5 Mio. € (1999) und 6,8 Mio. € (2006)) Die OU B 521 rutschte damit vom vorrangigen Bedarf auf den „weiteren“ Bedarf ab. CDU MdB Dr. Peter Tauber intervenierte und schob die Kosten nach Gesprächen in Berlin wieder auf 11 Mio. € herunter, es sei nur ein „Bürofehler“ gewesen. Der BUND hakte nach und vier (!) Monate später teilte das Hessische Verkehrsministerium

mit, dass nach einer neuen Straßenbaurichtlinie RAL 2013 die OU deutlich breiter, mit mehr Brücken versehen werden muss und in Zukunft deutlich teurer wird. Aber dies schon wissend, werden derzeitigen Planungsverfahren noch die alten Kosten angesetzt und eine deutlich schmälere OU. Ausgerechnet am 2.12.2016 wurde einen Tag vor unserer 25-Jahr-Feier der Bundesverkehrswegeplan verabschiedet. Die OU wurde wieder in den vordringlichen Bedarf hochgehievt, auf der Basis fälschlicherweise verringerter Baukosten. Zudem fehlt noch eine umfassende Umwelt- und Naturschutzprüfung, ein Raumordnungsverfahren, ein Planfeststellungsverfahren. Der BUND wird generell auf Bundesebene gegen den BVWPlan Einspruch bei der EU Kommission erheben, da praktisch immer, so auch hier, keine machbaren Alternativen nach dem UVP-Gesetz einbezogen wurden. Das Thema bleibt uns also erhalten.



Der Auenbereich des Niddertals hat eine besonders hohe ökologische Funktion und ist ein zentraler Beitrag zum Hochwasserschutz. Eine Umgehungsstraße würde beide Funktionen erheblich beeinträchtigen.

Eine wichtige Funktion der BUND Ortsverbände ist die Möglichkeit als örtlicher Vertreter und anerkannter Naturschutzverband (inzwischen gemäß Umweltrechtsbehelfsgesetz)

Stellungnahmen zu den Bebauungsplänen der Gemeinden einzureichen. Zunächst ging es meist nur um die Frage, dass bei Zäunen um Wohnhäuser die Zäune unten Platz für Igel und anderes Kleingetier lassen sollten. Später wurden Vorschläge zur Niedrigenergiebauweise, der Vorgabe von Solarenergie oder zur Versorgung aus Blockheizkraftwerken eingereicht. Allerdings muss man einräumen, haben diese Vorschläge in der Regel nicht gefruchtet. Zum Teil waren es schon die von den Gemeinden beauftragten Planungsbüros, die die Vorschläge oft genug nur aus formellen Gründen abbügelten, oder die Gemeindevertreter übernahmen deren Empfehlung, unsere Vorschläge einfach abzulehnen. Immerhin fördert die Gemeinde Altstadt inzwischen den Bau von Passivhäusern – von einer integrierten ökologischen Bauleitplanung sind wir aber noch weit entfernt, nicht nur in Altstadt. Zu gering ist das entsprechende politische Bewusstsein, zu gering sind aber auch die Möglichkeiten, die das Baugesetzbuch bietet. So verbreiten sich zunehmend Neubauten einfasst mit Thujahecken und umgeben von Steinwüsten. Und während teilweise Häuser in den Ortskernen verfallen, will die Gemeinde Altstadt immer mehr Flächen zubauen und versiegeln. Der BUND kämpft daher überall gegen den Flächenverbrauch.



Besonders schön im Mai, die Wiese im Naturschutzgebiet Buschwiesen von Höchst mit dem breitblättrigen Knabenkraut

Einige Bebauungspläne haben jedoch besondere Bedeutung erhalten. Dies betrifft vor allem Planung, Bau und Erweiterung des **Golfplatzes**. Schon Anfang der 1990er Jahre gab es die ersten Debatten, welche ökologischen Qualitäten der Golfplatz aufweisen kann. Eine Ausbreitung in Richtung Engelthal wurde nicht umgesetzt – hier gab es auch Einwände aus dem nahe gelegenen Kloster. Immerhin ermöglichte die Lage eine Quelle auf dem Golfplatz die Umsetzung einer Forderung, dass für die Bewässerung kein Trinkwasser verwendet wird. Einige Jahre später wurde der Golfplatz erweitert – dabei wurde Bauschutt im Erweiterungsbereich abgeladen, auch auf Wegen, die der Gemeinde gehören. Die Gemeinde hatte jedoch hiergegen keine Einwände. Trotz einer guten Dokumentation, verliefen Proteste des BUND beim Regierungspräsidium und der Staatsanwaltschaft Giessen ins Leere. Unglaublich aber wahr, dass eine solche Ablagerung als legal durchgeht. Inzwischen liegt eine neue Planung vor, über eine nochmalige Erweiterung des Golfplatzes, aber es geht nun auch etwas kleiner, nachdem auch das Regierungspräsidium Einwände geäußert hatte.

Mehrere Mitglieder der BUNDGruppe fahren tagtäglich mit der **Niddertalbahn** (dem sog. „Stockheimer Lieschen“) nach Frankfurt. Damals gab es keine richtigen Bahnsteige, und bis vor wenigen Jahren fuhren auch noch die Diesel-Loks der Baureihe 218 mit viel Lärm, Abgasen und Staub. Der Zustand der Loks war wesentlich verantwortlich, dass durch deren Ausfälle vielfach Züge ausfielen und es gerade bei der eingleisigen Strecke zu erheblichen Verspätungen kam. Einmal blieb die Lok liegen und unten heraus floss pures Motoröl. Die Befürchtung war, dass die DB diese Zustände nicht abstellte, um aufgrund Fahrgastrückgang die Strecke einfach zu schließen. Hiergegen erhoben sich vielfache Proteste. Der BUND gab ein Infoblatt heraus mit dem Titel DB Dolle Bahn und dies war einer der wenigen Momente, dass solche Infos direkt in der Bahn unbehelligt verteilt werden konnten. Wir sammelten 700 Unterschriften für den Erhalt und Ausbau der Niddertalbahn.

Immerhin, die Bahn und die Politik reagierten. Zur 100 Jahr Feier der Niddertalbahn waren zwar noch keine neuen Bahnsteige gebaut und die von Landrat Gnadl versprochenen Doppelstockwaggons *mit Klimatisierung* hat man nie bekommen (dafür über 40° C im Sommer).



Doch es kamen überall neue Bahnsteige, neue Schienen, eine elektronische Steuerung. Beim Bau der Bahnsteige konnte zwar nicht verhindert werden, dass die Linde in Lindheim gefällt wurde, die Kastanie in Altstadt konnte besonders durch die Intervention des neuen Besitzers des renovierten Bahnhofs Ali Agdas vor den Bauarbeitern gerettet werden, die jenseits der Grundstücksgrenzen den Baum fällen wollen.

Pressemeldungen waren dann wieder angesagt, als die Bahn die Triebwagen des Typs „Desiro“ einsetzte. Diese wiesen einen immensen Abstand zwischen Zug und Bahnsteigkante auf. Mit vielen anderen Betroffenen wurden Briefe an die Bahn und die Presse geschrieben. Schließlich wurden spezielle ausfahrbare Trittbretter eingebaut. Und in Zukunft wird es um die Frage gehen, ob und wie die Niddertalbahn evtl. streckenweise zweigleisig ausgebaut wird oder sogar elektrifiziert wird.

Ein Jahr nachdem sich die Wogen der Diskussionen über die Ortsumgehung und deren Eingriff in den Naturraum der Aue gelegt hatten, beschloss die Gemeindevertretung Altstadt, das gegenüber der Gaststätte Akropolis ein **Neubaugelbiet mitten in die dortige Streuobstwiese** legen will. Umso erstaunlicher war die Entscheidung, da der Gemeinde ein umfangreiches Gutachten vorlag, das dem Gebiet eine sehr hohe ökologische Wertigkeit bescheinigte. Seien es Vögel, Fledermäuse, Bilche, Eidechse, Käuze usw. – vielfach sind es besonders geschützte Arten. Das Gutachten zeigt sehr gut, warum Streuobstwiesen geschützt werden müssen und nicht nur weil sie Äpfel liefern. Der BUND erstellte einen Infolyer, der die Bürger auf das Problem aufmerksam machte, wir gewonnen hierdurch auch einige neue Mitglieder. Unglaublich, aber die Gemeinde Altstadt aber auch die Untere Naturschutzbehörde waren der Meinung, man könne die Vielfalt der Natur, die Biodiversität einfach an einen anderen Ort verschieben. Immerhin, der RP Darmstadt, der von uns informiert worden war, lehnte den Eingriff grundlegend ab. Ein halbes Jahr nach dem Beschluss wurde dieser durch die Gemeindevertretung wieder aufgehoben.



Eine Aktion die erst vor kurzem im Oktober 2016 stattfand, war die Apfelernte gemeinsam mit dem Altenstädter Freundeskreis für Flüchtlinge e.V. (AfK) mit Familien von Flüchtlingen. Die Gemeinde Altstadt unterstützte die Aktion durch die Bereitstellung von Bäumen im Bereich Oberau zum Abernten. Der FÖJler Felix Wolf und der Flüchtlingsbetreuer Wahid Habil halfen tatkräftig mit. Vor allem für die Kinder war die Apfelpflückaktion eine besondere Freude und Spaß, ob auf der Leiter oder beim Einsammeln der Äpfel auf der Wiese. Über 10 Kisten Äpfel wurden gepflückt und gesammelt und stehen nun für den Winter bereit.



Der BUND ist nicht nur in Altstadt – Limeshain – Glauburg bekannt, dass wir Projekte mit hohem Eingriff in Umwelt und Natur verhindern wollen. Oftmals haben wir dabei auch Erfolg. Dies liegt aber auch daran, **dass wir immer eine gute Alternative aufzeigen.** Stromsparen und Stromerzeugen vor Ort ist besser als neue Stromleitungen durch die Natur zu bauen. Der Ausbau der Bahnverbindung – und vielleicht eine neue Autobahnauffahrt in der Waldsiedlung ist besser als eine Umgehungsstraße, die nur Entlastung für 2-3 Stunden am Tag bringt, und 2 1/2 mal teurer wird als bisher behauptet.

Aber bei aller aufwändigen Arbeit zu Stellungnahmen und Ausarbeitungen, Umwelt- und Naturschutz sollen und können auch Spaß machen. Eine feste Institution hierzu sind die eingangs schon erwähnten **Benefizkonzerte an Pfingsten.** Man kann sagen, dass diese Konzerte mit ihrer Kontinuität eine Art Rückgrat der Umweltschutzarbeit in Altstadt darstellen. Mittlerweile waren es im Jahr 2016 insgesamt über 20 Konzerte in 25 Jahren. Unser Dank gilt besonders der ev. St. Nikolai-Gemeinde und den Pfarrern und Pfarrern, die uns immer sehr gut unterstützt haben, die Familien Willms und Hilbrig, sowie in diesem Jahr der kath. St. Andreas-Gemeinde, die Raum für ein Konzert mit besonders großer Besetzung boten. Die Konzerte waren und sind etwas Besonderes, musikalisch, weil immer

etwas Neues oder auch altes fast Vergessenes dargeboten und ausprobiert wird, weil das hohe musikalische Niveau sich mit einer besonderen Spielfreude verbindet und weil der Eintritt kostenlos ist und alle die wollen, dies genießen können. Die Spenden, die bei diesen Konzerten zwischen 500 und 1200 € jeweils eingenommen wurden, wurden schließlich weniger vor Ort für den Naturschutz, sondern für die Unterstützung sozialer und caritativer Projekte verwendet, zugunsten krebskranker Kinder, zugunsten des Kinderzentrums „Nadesdhda“ zur Hilfe für Tschernobyl-Kinder, für Integration von Flüchtlingen und Inklusion im Wetteraukreis, für die Katastrophenhilfe, die OASE Altstadt, die TAFEL Büdingen u.a.

Die Arbeit für Umwelt und Naturschutz hier vor Ort bekommt daher eine auch Verbindung zu weltweiten Themen, zu anderen Gruppen und Initiativen, die dort aktiv sind.

Die BUND Ortsgruppe war daher auch immer mit dabei, wenn es z.B. gegen den Bau des Kohlekraftwerks Block 6 Staudinger ging oder zur Abschaltung des Atomkraftwerks in Biblis und kürzlich im Herbst 2016 bei der großen Demonstration für gerechten Welthandel gegen CETA und TTIP in Frankfurt am Main.



Und wie geht's weiter ???

Nun ja, wir werden sicher noch zig Jahre warten und schauen, ob wirklich eine Ortsumgebung mitten durch den Auenbereich gebaut werden kann und darf, oder ob es nicht bessere Lösungen gibt. Vor wenigen Wochen haben über 46 arme Staaten der Welt verkündet, sie wollten kein Öl und Kohle mehr nutzen, weil die erneuerbaren Energien seien doch einfach preiswerter – vom Klimaschaden ganz zu schweigen. Ein großer skandalöser Autokonzern hat verkündet künftig nur noch Elektroautos bauen zu wollen. Andere halten hingegen noch fest an alten Denkweisen und Strukturen.

Beängstigend ist jedoch, dass bevor ein dauerhafter grundlegender Wandel hin zu ökologischem und nachhaltigem Handeln greifen wird, viele Dinge noch zerstört und verseucht werden. In der Landwirtschaft findet man kaum noch Blüten auf Wiesen und Äckern und auch kaum auf den vorzuweisenden Ackerrandstreifen. Die Land(wirt)schaft ist voll mit Überdüngung und Pestiziden. Dies hat einschneidende Folgen für das gesamte Ökosystem, ganz besonders zu sehen, am Schicksal von Bienen und Schmetterlingen. Die Nitratgrenzwert kann seit Jahren nur durch Mischung mit Tiefenwasser aus dem Vogelsberg eingehalten werden und mit 50 mg/l ist er ohnehin viel zu hoch.

Die Ausweisung von Naturschutzgebieten wird da nicht ausreichen, um die biologische Vielfalt und die Lebensgrundlagen dauerhaft zu sichern. Die „normale“ Landwirtschaft muss

ein Teil des Naturschutzes werden – und muss gar nicht mal sofort zum Biolandbau umgestellt werden. **Wir wollen daher Projekte unterstützen, die Äcker und Wiesen wieder blühender machen, für biologische Vielfalt und zur Freude der Menschen.** In Bleichenbach gibt es ein Projekt, bei dem eine Blühwiese gleichermaßen Menschen, Bienen und Vögel anzieht - zum Niederlassen und zum Reinlegen in den Duft – und wo die Gräser auch als Futter für Biogasanlagen verwendet werden kann.

Bei unserer 25- Jahr-Feier berichtete am 3.12.2016 der Biologe Dr. Stefan Nawrath über den Niedergang der Arten und v.a. der Vögel in unseren Wiesengebieten. Es blüht so gut wie nichts mehr, weder Vögel und Bienen finden noch einen Lebensraum. Die Bestände von Kiebitz und Grauammer (z.B.) gehen drastisch zurück. Was sich hingegen breit macht ist das Weidelgras, eine Grasart, die auch als „ausdauernd“ bezeichnet wird, sprich alle anderen Gräser und Pflanzen verdrängt. Die Wiese ist zwar grün, aber biologisch weitgehend wertlos. (Nawrath spricht von „vegetativem Herbizid“) Weidelgras ist aber leider das „übliche“ Gras, das auf Weiden oder Kompensationsbereichen ausgesät wird. Mit Naturschutz oder natürlichen Wiesen hat dies nichts zu tun. Es ist daher die Überlegung, hier Landwirte, Kommunen und auch HessenMobil anzusprechen, doch gemäß den Vorschriften andere regionale Grasmischungen mit Blühpflanzen einzusäen. Ein Projekt im Hochtaunuskreis zeigt schon, wie schnell dies positiv wirken kann.

Ebenso sinnvoll ist es, den Maisanbau für die Biogasanlage auf Blühpflanzen umzustellen!



Quelle: Lfl.bayern.de Grün ist die Wiese aber ökologisch eine Wüste !



So könnte es auch in der Wetterau sein: Quelle: kjs-eckerfoerde.de



Unser Ziel, der **Schutz der Auenlandschaft** um Altenstadt, Limeshain, Glauburg, zugunsten von Naturschutz und Erholung. Ein wichtiger Bereich für gutes Klima im Ort und Hochwasserschutz. Fotos: Foto-Quanz, Altenstadt-Höchst, i.A. des BUND.

Für die vielfältige Unterstützung durch unsere ca. 200 Mitglieder und Förderer unseres Ortsverbandes dankt der Vorstand (sowie die frühere Vorstände).



v. l. n. r.

Der Vorstand, gewählt 2014:

Dr. Werner Neumann, Vorstandsvorsitzender

Eva Hufnagel, Schatzmeisterin

Dr. Angela Vogel, stv. Vorstandsvorsitzende

sowie die früheren Vorstandsmitglieder:

Karl Ventulett

Kurt Jungkind

Philipp Hufnagel (erster Vorstandsvorsitzender 1991)

Version: Stand 5.12.2016

Fotos, wenn nicht andere Quelle: W. Neumann